Am Wochenende präsentieren wir Ihnen einen Überblick über die lohnenswertesten Beiträge, die wir im Laufe der vergangenen Woche in unseren Hinweisen des Tages für Sie gesammelt haben. Nehmen Sie sich ruhig auch die Zeit, unsere werktägliche Auswahl der Hinweise des Tages anzuschauen. Wenn Sie auf "weiterlesen" klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (JB)

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Germany First
2. Europa verliert den Kampf der Bilder
3. Die Zahlen sind vollkommen unzuverlässig
4. Das ist keine Krise, sondern eine Katastrophe
5. Alte Dogmen blockieren wirksame Lösung
6. Jetzt steht Armut auf dem Spielplan
7. Krankenschwester – "Ich will nicht infiziert sein und arbeiten müssen"
8. Jetzt rächen sich Einsparungen bei Spaniens Spitälern
9. Die zivilisatorische Kränkung
10. Französische Politiker: USA kaufen Schutzmasken in China auf

Vorbemerkung: *Ursprünglich hatten wir geplant, in unserer Wochenübersicht auch auf die lohnenswertesten redaktionellen Beiträge der NachDenkSeiten zu verweisen. Wir haben jedoch schnell festgestellt, dass eine dafür nötige Vorauswahl immer damit verbunden ist, Ihnen wichtige Beiträge vorzuenthalten. Daher möchten wir Ihnen raten, am Wochenende doch einfach die Zeit zu nutzen, um sich unsere Beiträge der letzten Wochen (noch einmal) anzuschauen. Vielleicht finden Sie dabei ja noch den einen oder anderen Artikel, den es sich zu lesen lohnt. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Germany First**
   Politiker und Medien in Südeuropa laufen Sturm gegen die Weigerung Berlins, in der Coronakrise deutsche Interessen zurückzustellen.
   Bürgermeister aus den am härtesten von der Covid-19-Pandemie betroffenen Städten Norditaliens bitten in einer ganzseitigen Anzeige in einer führenden deutschen Tageszeitung um "europäische Solidarität". Italien sei zur Bewältigung der Coronakrise auf "Coronabonds" angewiesen, erklären die Bürgermeister; sie dringen darauf, Berlin solle seinen Widerstand dagegen aufgeben. Seit vor allem die Bundesregierung beim EU-Gipfel Ende vergangener Woche die Debatte über die "Coronabonds" abgewürgt hat, die besonders für die Länder Südeuropas existenziell wichtig, für Berlin allerdings nicht kostenneutral wären, laufen Politiker und Medien

von Spanien über Italien bis Griechenland Sturm. Deutschland treibe Politik nach dem Modell des Trump'schen "America First", heißt es in Spanien, während in Griechenland gewarnt wird, ein Verzicht auf die "Coronabonds" könne sich "für Europa als noch vernichtender erweisen" als das Covid-19-Virus. Sogar EU-orientierte italienische Medien protestieren gegen das "hässliche Europa" und schließen das Ende des "europäischen Projekts" nicht aus.

Im Stich gelassen

Erheblichen Unmut hatte bereits Anfang März die Weigerung der Bundesregierung ausgelöst, den am schwersten von der Covid-19-Pandemie getroffenen Staaten zu Hilfe zu kommen. Insbesondere der Beschluss vom 4. März, einen Exportstopp auf medizinische Schutzausrüstung zu verhängen, anstatt etwa Italien zu unterstützen, dann allerdings auch die faktische Schließung der Grenze nach Frankreich am 16. März hatten in den betroffenen Ländern massive Verärgerung hervorgerufen (german-foreign-policy.com berichtete [1]). Diese hält an. Erst gestern hieß es etwa in der spanischen Tageszeitung El País, zwar habe die EU bereits am 12. Februar großspurig beschlossen, sie müsse Bemühungen fördern, Schutzausrüstung bereitzustellen – insbesondere für das hart kämpfende Krankenhauspersonal -, doch sei bislang immer noch nichts geschehen. Auch darauf sei es zurückzuführen, dass Ärzte und Pfleger in spanischen Krankenhäusern sich nicht ausreichend gegen das Virus schützen könnten. Eine "direkte Konsequenz" sei es, dass die Ansteckungsrate des medizinischen Personals sehr hoch sei: Am Montag seien 12.298 Ärzte und Pfleger als infiziert gemeldet gewesen, 15 Prozent der Gesamtzahl der in Spanien an Covid-19 Erkrankten.[2] (…)

Der deutsche Hochmut

Besonders scharfe Kritik kommt aus Italien – weiterhin auch aus Kreisen, die grundsätzlich klar EU-orientiert sind. Ministerpräsident Giuseppe Conte erklärte am Wochenende mit Blick auf die "Coronabonds": "Ich vertrete eine stark leidende nationale Gemeinschaft und kann keine Verzögerungen erdulden."[12] Es gelte, "tragische Fehler" zu vermeiden: "Sollte Europa nicht in der Lage sein, dieser epochalen Herausforderung Stand zu halten, würde Europa vor den Augen unserer Bürger seine Existenzberechtigung verlieren". EU-orientierte Medien titeln "Hässliches Europa" [13] oder warnen, komme es nicht zu einer schnellen Einigung auf eine Krisenstrategie, dann sei "das europäische Projekt vorbei" [14]. Die Wirtschaftspresse erinnert daran, dass die Bundesrepublik ihren Aufstieg nur dank eines großzügigen Schuldenerlasses im Londoner Schuldenabkommen von 1953 habe erreichen können: Ohne dieses Zugeständnis, das von Italien mitgetragen wurde, hätte Deutschland "weitere 50 Jahre Schulden zurückzahlen müssen".[15] Ähnlich äußert sich der in Italien populäre Schauspieler und Regisseur Tullio Solenghi. Solenghi

kritisiert: “Die Deutschen tragen heute auf ökonomischem Gebiet Hochmut zur Schau … . Sie fühlen sich höherwertig.” Wäre “die internationale Gemeinschaft” nach dem Zweiten Weltkrieg “mit demselben, stets wiederkehrenden deutschen Hochmut” aufgetreten und hätte ihrerseits “die tatsächlichen Kriegsschulden zurückgefordert, dann würden die Deutschen heute aus den Mülltonnen leben.”[16]
Quelle: german-foreign-policy.com

2. **Europa verliert den Kampf der Bilder**
Im Kampf gegen das Coronavirus läuft die europäische Solidarität nur zögerlich an. China und Russland stoßen in diese Lücke – und schlachten das propagandistisch aus. (…)
Kritiker argwöhnen, dass Moskau auch über den Umgang mit der Krise hinaus andere Interessen verfolgt. Die Aufbesserung des eigenen Images soll demnach dazu dienen, die Sanktionen aus der Welt zu schaffen, die die EU 2014 wegen der Ukrainekrise verhängte. Putins Sprecher Dmitrij Peskow stritt ab, dass die Unterstützung an irgendwelche Bedingungen geknüpft sei. Italien brauche in großem Maßstab Hilfe, und Russland helfe, wo es könne. (…)
Bei der PR-Kampagne gerät schnell in den Hintergrund, dass staatliche Stellen in China die vom Virus ausgehende Gefahr über Wochen vertuschten. Auch beschränkte sich die Propaganda nicht auf das In-Szene-Setzen von Hilfslieferungen: So leisteten chinesische Offizielle zuletzt noch einer Verschwörungstheorie Vorschub, wonach das Coronavirus vom US-Militär entwickelt und nach Wuhan eingeschleppt worden sei.
Quelle: Spiegel

Anmerkung Albrecht Müller: *Dieses Machwerk muss man lesen, um zu erfassen, auf welchem kalten Kriegsniveau deutsche Journalisten inzwischen angekommen sind. Und zugleich keinerlei Einsicht, kein bisschen Reflexion über die Missetaten der EU und Deutschlands im Umgang mit den Südländern.*

3. **Die Zahlen sind vollkommen unzuverlässig**
Wie gefährlich das Coronavirus ist, wissen Experten noch immer nicht genau. Hier erklärt der Statistikexperte Gerd Antes, was nun für eine Risikobewertung nötig ist und warum die Reaktion der Politik bislang richtig war. […]
Es gibt zweifellos ein Problem. Wir sehen in diesen Regionen, dass die Gesundheitssysteme überlastet sind, weil zu viele Menschen zur gleichen Zeit schwer erkranken. Das unterscheidet den Corona-Ausbruch von der jährlichen, sich vergleichsweise langsam ausbreitenden Grippewelle.
Gleichzeitig wissen wir allerdings nicht, wie tödlich das neue Coronavirus im Vergleich zur Grippe ist und wie viel schneller genau es sich ausbreitet. Wenn man es als Bild

beschreiben will, warten wir auf einen Tsunami, wissen aber noch nicht einmal annähernd, wie hoch die Welle wird. […]
Wie viele Menschen sich tatsächlich infizieren, wissen wir dagegen nicht. Die Schätzungen variieren extrem. Je nach Experten ist davon die Rede, dass sich fünf bis zehn Mal mehr Menschen infizieren als nachgewiesen werden. Manche Schätzungen liegen beim Zwanzigfachen oder sind noch höher.
Quelle: SPIEGEL Online

Lesen Sie dazu auf den NachDenkSeiten: *Maximale Maßnahmen auf Basis minimaler Gewissheit und „Solchen Wissenschaftlern würde ich gerne Kamera oder Mikrofon entziehen“.*

4. **Das ist keine Krise, sondern eine Katastrophe**
   Die Lage im zentralen spanischen Coronavirus-Ansteckungsherd ist fatal. Gespräch mit einem infizierten Beschäftigten im kollabierenden Madrider Gesundheitssystem
   Seit Tagen spitzt sich die Lage in Spanien immer weiter zu. Das Land ist dabei, in Europa Italien die Spitzenposition bei in Coronavirus-Krise abzunehmen. Tatsächlich liegt die Zahl der offiziell registrierten Toten, die immer stärker mit Vorsicht zu genießen ist, in den letzten Tagen jeweils in Spanien über der in Italien. Am Sonntag wurde in Spanien ein neuer Rekord mit 838 Toten registriert, während es in Italien offiziell 756 waren. Am Montag waren es in beiden Ländern wieder 812 und am Dienstag gab es einen neuen Rekord mit 849 offiziellen Coronavirus-Toten.
   Drastische Maßnahmen in Italien, das schon vor 10 Tagen alle Aktivitäten bis auf die Grundversorgung reduziert hat, scheinen zu einer Stabilisierung zu führen. In Spanien, bisher in einem “merkwürdigen Alarmzustand”, kann davon aber keine Rede sein. Deshalb blieb auch der sozialdemokratischen Regierung am Samstag keine andere Möglichkeit mehr, den von vielen Experten lange geforderten “Lockdown” endlich zu verkünden. Doch bei der Umsetzung gab es wieder massive Probleme, weshalb die Reduzierung auf die Grundversorgung real erst am heutigen Dienstag umgesetzt wird. Mittlerweile werden offiziell schon 8.189 Tote (in Italien 11.591) verzeichnet. Die Kurve ist in Spanien weiter deutlich steiler als in Italien. Und das lässt erwarten, dass es hier eher noch schlimmer kommt.
   Über die Lage im Land, allen voran im Gesundheitswesen im zentralen Ansteckungsherd Madrid, sprach Telepolis mit Eduardo Fernández Ulloa. Er ist einer von 12.000 Beschäftigten im spanischen Gesundheitswesen (Stand vom Montag), die sich inzwischen mit dem Virus infiziert haben. Er arbeitete bis zu seiner Infektion auf der Intensivstation im Krankenhaus Infanta Sofía in San Sebastián de los Reyes, nahe der Hauptstadt Madrid, in der schwer getroffenen Region Madrid.

Quelle: Telepolis

5. **Alte Dogmen blockieren wirksame Lösung**
   Die größten Missverständnisse bei der Bekämpfung der ökonomischen Folgen des Corona-Schocks sind die Dimension und das Tempo, mit dem man reagieren muss. Weder die Politik noch die Beamten, die Weisungen der Politik in Gesetze fließen lassen, die dann beschlossen werden, haben zur Kenntnis genommen, dass es hier nicht um die Fortsetzung der bisherigen Politik mit etwas stärkeren Mitteln geht, sondern um etwas ganz Neues.
   Man konnte es schon ahnen, als Olaf Scholz bei der Pressekonferenz das dicke Gesetzesbündel, das er kaum mit einer Hand halten konnte, für die Kameras hochhob. Das war erschreckend, weil damit klar war, dass die Ministerialbürokratie in kurzer Zeit ein gewaltiges bürokratisches Monster geschaffen hat, das die Probleme nicht lösen, sondern die Verwirrung ungeheuer erhöhen wird.
   In der Krise geht es darum, die Dinge zu vereinfachen, auf ihren Kern zu reduzieren und die wichtigen Botschaften, aber wirklich nur die, vernünftig zu kommunizieren. In Sachen Wirtschaft hat die Bundesregierung bisher dazu absolut nichts geleistet, von Europa, wo man nur neue Verunsicherung gestiftet hat, ganz zu schweigen. Angela Merkel, die der Bevölkerung versprochen hat, sie aufzuklären, schweigt zu dieser entscheidenden Frage.
   Zentral für die Lösung der ökonomischen Probleme ist das Verständnis der Unterschiede zwischen Mikroökonomie und Makroökonomie. Es nutzt nichts, die Probleme einer Gruppe der Bevölkerung anzugehen und genau damit die Probleme auf eine andere weiterzuschieben. Genau das ist mit der unseligen Regelung für die Mieter, die ihre Mietzahlungen aussetzen können, geschehen. Nun beklagt man sich darüber, dass auch große und starke Konzerne diese Möglichkeit nutzen und vielleicht schwache Vermieter in Schwierigkeiten bringen. Es bringt einfach nichts, jetzt auf die Verteilungs- oder Wettbewerbswirkungen der Maßnahmen Rücksicht zu nehmen. Man muss absolut pauschal arbeiten und auch in Kauf nehmen, dass es im Zuge dessen viele Mitnahmeeffekte und auch Benachteiligungen des einen gegenüber einem anderen geben wird.
   Quelle: Heiner Flassbeck und Friederike Spiecker in Makroskop
6. **Jetzt steht Armut auf dem Spielplan**
   Schauspielerinnen lebten lange in gut verstecktem Elend, nun stehen Tausende vor dem Nichts
   Armut gab es immer in der Branche der Hofnarren und Gauklerinnen, vor allem bei den Frauen; das wusste ich schon als Kind. Mein Vater, Jahrgang 1896, war Regisseur und Schauspielpädagoge. Meine Mutter hatte das Schauspielen bei Eheschließung aufgegeben und klebte, klug und emanzipiert, »freiwillige Rentenmarken«. Mir blieb

nicht verborgen, dass manche Schauspielerin, die nicht mehr jung, aber längst noch nicht alt war, verzweifelt bei meinem Vater (zeitweise Oberspielleiter u. a. in Essen) anfragte, ob er nicht »etwas für sie tun« könne.
Wer Arbeit hatte, schuftete, oft bis zum Grab. So war es für mich normal, dass 80jährige noch auf der Bühne standen. Wie dünn der Boden auch bei uns war, habe ich vage gespürt, als mein Vater ein einziges Mal so schwer erkrankte, dass er nicht arbeiten konnte. Bei seiner letzten Inszenierung war er fast 80 und fast blind, und seine Rente war so gering, dass nur ein hart erkämpfter »Ehrensold« und die mütterlichen Rentenmärkchen die elterliche Existenz sicherten. (…)
Zigtausende von uns werden demnächst einen »Antrag auf Grundsicherung« stellen müssen. Dieser Antrag umfasst mit Anlagen oft mehr als 50 Seiten. Der monatliche Hartz-IV-Satz beträgt derzeit 432 Euro und darf bei Unbotmäßigkeit noch immer gekürzt werden; um bis zu 30 Prozent. In diesem Fall bleiben 302,40 Euro. In meinem Landkreis müssen 9,9 Prozent der Betroffenen aus dem »Eckregelsatz« noch durchschnittlich 164 Euro für die Miete abzweigen, die als »nicht angemessen« gilt (obwohl günstigere Wohnungen nicht zu finden sind). Schlimmstenfalls bleiben da 138,40 Euro im Monat zum Leben. Flaschensammeln? Geht nicht mehr. Und die »Armentafel«? Die Restetische der Nation sind schon geschlossen. Zu gefährlich. Außerdem führten Hamsterkäufe zu Spendenmangel.
Quelle: Junge Welt

7. **Krankenschwester – "Ich will nicht infiziert sein und arbeiten müssen"**
Nina Böhmer muss Mundschutz und Kittel mehrfach benutzen und soll auch dann pflegen, wenn sie infiziert ist. Die Krankenschwester fordert mehr als nur ein Danke. Die Empfehlungen des Robert Koch-Instituts für das Krankenhauspersonal wurden angepasst: "Medizinisches Personal muss künftig nach Kontakt zu COVID-19-Erkrankten nicht mehr so lange in Quarantäne und darf bei dringendem Bedarf in Klinik oder Praxis arbeiten, solange keine Symptome auftreten", sagte RKI-Präsident Lothar Wieler. Hier erzählt die 28-jährige Krankenschwester Nina Böhmer aus Berlin, welche Sorgen ihr das bereitet und weshalb ihr Danksagungen nur wenig helfen.
Quelle: ZEIT

Anmerkung Jens Berger: *Der Umgang dieser Gesellschaft mit dem Pflegepersonal ist – Sonntagsreden der Politik hin, Applaus her – ein einziger Skandal. Was ist eigentlich aus Jens Spahns Versprechen geworden, ausreichend Masken zu bersorgen? Frankreich hat in China erst einmal eine Milliarde Masken vertraglich geordert, die deutschen Angebote waren offenbar nicht gut genug. Warum gibt es eigentlich noch keine Rücktrittsforderungen gegen Spahn? Er hat seit Beginn der Corona-Krise auf ganzer Ebene versagt.*

8. **Jetzt rächen sich Einsparungen bei Spaniens Spitälern**
   Insgesamt hat das Gesundheitssystem in Madrid durch die Sparpolitik infolge der Eurokrise seit 2008 rund 4000 Stellen aller Art verloren. Die Zahl der Betten ging um rund 3000 zurück, während die Einwohner der Region um 500.000 zunahmen. Heute gibt es nur noch 9,5 Betten in Intensivstationen pro 100.000 Einwohner. In Österreich sind es 28,9. "Das Problem begann lange vor der Eurokrise", ist sich Javier Padilla, Hausarzt in einem Gesundheitszentrum in Fuencarral im Norden Madrids, sicher. "In den letzten 20 Jahren gibt die konservative Regierung immer weniger für das öffentliche System aus und privatisiert, wo es nur geht", erklärt der Experte in Gesundheitspolitik, der vergangenen Herbst ein Buch über die Gesundheitspolitik mit dem Titel "Wen werden wir sterben lassen?" veröffentlichte.
   Den 33 öffentlichen Krankenhäuser stehen heute 50 private Kliniken gegenüber. Sieben davon haben jetzt, mitten in der Corona-Krise, "für unbestimmte Zeit" geschlossen und einen Großteil der Belegschaft entlassen. Es fehle an Patienten, die nichts mit dem Virus zu tun hätten, lautet die Begründung.
   Die meisten Laboratorien sowie viele Spezialbehandlungen sind ebenfalls privat. Der Kassenprüfungshof beschwerte sich in seinem letzten Bericht, dass dies bis zu sechsmal so viel koste wie vor der Privatisierung. Was für den Steuerzahler teuer kommt, macht sich für den konservativen Partido Popular (PP) von Díaz Ayuso bezahlt. Die Partei hielt jahrelang bei Lizenz- und Vertragsvergaben die Hand auf. Laut ermittelnden Richtern flossen so bis zu fünf Millionen Euro aus dem Gesundheitshaushalt in die Parteikasse.
   Quelle: Der Standard
9. **Die zivilisatorische Kränkung**
   Geben wir im Überlebenskampf Freiheit und Würde auf? Oder steckt hinter dieser Entgegensetzung derselbe Dünkel, der so viele im Westen davon abhielt, in der Pandemie von Ostasien zu lernen? […]
   Und von der Warte einer solchen Art Abstraktion her kann es nur als Zumutung, ja Beleidigung empfunden werden, dass ein solches Virus eine so überlegene Zivilisation in Beschlag nimmt, auf ihren Naturzustand stößt. Überlebenskampf, war das nicht etwas bloß für die anderen?
   Natürlich wird sich niemand bewusst und ausdrücklich erlauben, so zu denken. Doch die Art und Weise, wie in Europa und Amerika viele die Realität der Epidemie zunächst nicht an sich heranließen und noch bis heute verdrängen, lässt sich ohne die Annahme einer solchen unterschwellig wirksamen kulturellen Fiktion nur schwer erklären. Die bitteren Erfahrungen Chinas mit dem Virus und dessen radikaler Eindämmung in der Provinz Hubei bezogen in Deutschland zunächst weder die allgemeine Öffentlichkeit noch die Experten (die noch am 24. Januar davon sprachen, dass das Virus „ganz

nüchtern zu betrachten“ sei, „ähnlich wie eine Grippewelle“) auf die eigene Situation. Die vielen Toten, die Verzweiflung in den Krankenhäusern, der massive staatliche Eingriff und seine Kosten, die Härten der Abriegelung der Provinz schrieb die öffentliche Wahrnehmung, zumal nach dem Skandal der anfänglichen Vertuschung der Seuche, wechselweise dem Chaos oder dem Autoritarismus in China zu, nahm sie jedenfalls als Ausdruck von etwas ganz anderem wahr, das von einer westlichen Demokratie und deren geordnetem Gesundheitssystem weit entfernt ist. […]
Jedenfalls ahnt man heute, welche Kosten die Weigerung haben kann, die Erfahrungen anderer als Möglichkeit einer eigenen Bedrohung ernst zu nehmen. Wertvolle Wochen gingen womöglich verloren, in denen zum Beispiel der Vorrat an Schutzausrüstung hätte angelegt werden können, der jetzt fehlt. Wie anders Länder auf die Gefahr reagierten, die sich nicht durch ihre Zivilisation immunisiert fühlen, zeigen die Beispiele Taiwan, Südkorea und Singapur.
Quelle: FAZ

10. **Französische Politiker: USA kaufen Schutzmasken in China auf**
Umkämpfter Markt: Französische Politiker werfen den USA vor, für Frankreich bestimmte Lieferungen von Schutzmasken in China aufzukaufen.
Renaud Muselier, Präsident der Region Provence-Alpes-Côte d’Azur, sagte dem Fernsehsender BFMTV am Donnerstag, dass für Frankreich bestimmte Maskenlieferungen von einem anderen Land auf dem Rollfeld chinesischer Flughäfen gekauft worden seien. Auf Nachfrage bestätigte Muselier, dass es sich dabei um die USA gehandelt habe.
Seinen Angaben zufolge wurde der dreifache Preis für die Sendung bezahlt, die Masken seien nun weg. Frankreich hatte zuletzt eine Milliarde Masken bestellt – unter anderem aus China.
Quelle: Badische Zeitung

Anmerkung Jens Berger: *So sieht als die ruhmvolle Solidarität der USA mit ihren europäischen „Freunden“ aus. Wer Freunde wie die USA hat, braucht keine Feinde mehr.*